



Herrn
Dr. Anton Hofreiter
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Andreas Feicht

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin

POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 6970

FAX +49 30 18615 7064

E-MAIL buero-st-f@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 04. März 2020

Schriftliche Fragen an die Bundesregierung im Monat Februar 2020 Frage Nr. 413 und Frage Nr. 414

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

Frage:

Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Einschätzung des Bundesrates, dass der 52-Gigawatt-Deckel schon 2020 erreicht werden könnte und damit das Geschäftsmodell von zahlreichen, vor allem mittelständischen, Solarinstallateuren, Projektentwicklern und Komponentenherstellern und die damit verbundenen Arbeitsplätze gefährdet ist, und wann genau plant die Bundesregierung, den 52-Gigawatt-Deckel rechtzeitig vor seiner Erreichung ersatzlos zu streichen?

Antwort:

Der Bundesregierung sind der Ausbau der Photovoltaik und die damit verbundenen Arbeitsplätze wichtige Anliegen. Im Klimaschutzprogramm 2030 wurde ein Zielmodell für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien beschlossen. Der Ausbau der Photovoltaik spielt dort eine wichtige Rolle. Die Bundesregierung wird die eilbedürftigen Punkte aus dem Klimaschutzprogramm, zu denen auch der 52-Gigawatt-Deckel gehört, schnellstmöglich umsetzen.

Frage:

Wie viele direkte, indirekte und induzierte Beschäftigte gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in der Photovoltaikbranche in Deutschland, und welche direkten, indirekten und induzierten Beschäftigungseffekte erwartet die Bundesregierung mit Erreichung des 52-Gigawatt-Ausbaudeckels?

Antwort:

In Studien im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wurden Zahlen für die Bruttobeschäftigung bei erneuerbaren Energien ermittelt. In diesen Brutto-Zahlen sind auch die Zahlen zu indirekt Beschäftigten enthalten, d.h. zu denjenigen Personen, die durch Investitionen im Zuge des Ausbaus erneuerbarer Energien in anderen Wirtschaftszweigen beschäftigt wurden. Für die Photovoltaikbranche wurden für das Jahr 2017 34.500 Beschäftigte ermittelt. Aktuellere Werte liegen derzeit noch nicht vor. Die Abschaffung des 52-Gigawatt-Ausbaudeckels gehört zu den eilbedürftigen Maßnahmen des Klimaschutzprogramms. Die Maßnahme soll schnellstmöglich umgesetzt werden. Die Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund bislang keine Abschätzung zu Auswirkungen des Erreichens des Deckels auf die Beschäftigung vorgenommen.

Mit freundlichen Grüßen

